

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

144 (24.6.1915)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Ingepost monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/8 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 P. Sozialistische billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

Bis hierher und nicht weiter.

Der Artikel der Genossen Bernstein, Gause und Kautsky hat in der Parteipresse allenthalben lebhafteste Proteste hervorgerufen, die um so berechtigter sind, als es die leitenden Persönlichkeiten an Verdrehungen, eine internationale Aktion zur baldigen Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens nicht haben fehlen lassen. Die französischen Sozialisten haben, wie bekannt, die dargebotene Hand schroff zurückgewiesen und auch die englische Sozialdemokratie steht in ihrer großen Mehrheit auf dem Standpunkt der französischen. Die Aufforderung an die deutschen Arbeiter, ihrerseits und zwar ohne Rücksicht auf die Haltung der Sozialdemokratie in Frankreich und England, eine Friedensaktion einzuleiten und sich von den übrigen Volksgenossen zu trennen, kann praktisch nichts anderes bedeuten, als den politischen Kampf im eigenen Lande zu entzweien und damit die Position Deutschlands und die seiner im Felde stehenden Truppen zu erschweren, den Mut der Feinde aufs neue zu entfachen und den Krieg dadurch zu verlängern. Das ist gewiß nicht die Absicht der Genossen Bernstein, Gause und Kautsky. Aber hier kommt es nicht auf die Absicht, sondern auf die Wirkung an. Und die Wirkung der von den genannten Genossen gewünschten Aktion wäre die von uns angebotene. Die Sozialdemokratie als die stärkste der deutschen Parteien kann keine Schreibstube machen. Lange genug stand ihre Politik unter dem überwiegenden Einfluß politischer Illusionäre und Phantasten.

Soeben kommt aus Frankreich die Kunde, daß die sozialdemokratische Kammerfraktion einstimmig beschlossen hat, die neu geforderten Kriegskredite zu bewilligen. In England haben die Gewerkschaften sich mit dem Minister für Herstellung von Munition Lloyd George verständigt und verzichten während des Krieges auf wichtige gesetzliche Rechte. Und da will man der deutschen Sozialdemokratie zumuten, sich politisch zu isolieren und jeden Einfluß auf die künftige Gestaltung der Dinge mitzuziehen? Das soll das „Gebot der Stunde“ sein? Nur hinterbrannte Phantasterei kann an eine Partei, auf welcher ein großer Teil der Verantwortung für die Gestaltung unserer künftigen inneren und äußeren Politik lastet, solche Zumutungen stellen. Man begreift es angesichts dieser Vorgänge, wenn den die Schwere dieser Verantwortung stützenden Genossen jetzt der Geduldsfaden reißt und wenn allenthalben Stimmen laut werden: „So kann es nicht weitergehen.“

Dem „Gamburger Echo“ wird zu der Angelegenheit aus Berlin geschrieben:

Die Opponenten in der Partei gegen deren Stellung zum Kriege haben ihre Machinationen zur Herbeiführung der Parteieinheit nun organisiert und suchen Verwirrung und Mißtrauen gegen Parteivorstand, Reichstagsfraktion und Parteiaussschuß jetzt nicht mehr wie zuerst einzeln und hier und dort, sondern organisiert und systematisch zu verbreiten. Es ist eine Art „Wohlfahrts-Ausschuß“ eingesetzt, der als „schwarzes Kabinett“ die offiziellen Beschlüsse zunächst äußerlich mitteilt, um sie nachher desto heftiger anzukritisieren. In allen Vertreterpersönlichkeiten der Partei liegen keine Vertrauen und den ihnen ihre Unwissenheit nicht zur Stärkung, sondern zur Zerschmetterung der Einheit der Organisation. Die Absichten dieser Parteizehler kann man unter dem Belagerungsstand nicht mit dem richtigen Namen nennen und nicht aus den richtigen Ursachen erklären, ohne in den Verdacht einer Denunziation zu geraten. Das müssen die Herrschaften und darum treiben sie ihr Handwerk desto ungenierter.

Dies Treiben löst sich jetzt nicht mehr allein in den Spalten der „Berliner Tagwacht“ aus, deren Redakteur offen erklärte, mit amerikanischem Geld die Opposition in der deutschen Partei stärken zu wollen, das Treiben begünstigt sich nicht mehr mit dunklen Prospektoren und Flugblättern, die unwissende und unschuldige gute Menschen mit Politik und Gerücht in Konflikt gebracht haben, — dies alles genügt nicht mehr, um die Partei zu verwirren und ihre Organisation zu untergraben. Jetzt geben die „Mutigen“ offener vor: Zirkulare, Prospektoren und Aufrufe werden mit Namensunterschrift an die Presse, an die Organisationsleitungen und Fraktionen versandt und finden ihren Weg auch sonst, um ihrem Ziele näherzukommen.

Der neueste dieser namentlichen Angriffe auf die Parteieinheit ist eine Herausforderung, die sogar neben Eduard Bernstein und Karl Kautsky auch der eine Parteivorherrnende, Gause, unterzeichnet hat. Am Text, der wörtlich stimmt dieses Pronounceaments überein mit einem Zirkular, das wenige Tage vorher an die gesamte Partei- und Gewerkschaftspresse sowie an Parteiorganisationen versandt wurde; zugleich liegt eine neue Prospektur von 88 Seiten über den „Massenkampf gegen den Krieg“ vor, die Briefe, Protokolle und andere Vertraulichkeiten an die Öffentlichkeit gerät. Alle diese Dinge haben die gleiche Quelle; alle die gleiche Absicht, die Parteigenossen gegen ihre selbstgewählten Vertreter aufzumischen und die mit überwältigender Majorität gefassten Beschlüsse der Vertreterpersönlichkeiten als Parteiverrat zu verleumden, um sich selbst als Retter der Partei auszuweisen. Auch der Inhalt ist immer gleich: Reden

eines Herrenhäuslers, mehrerer bürgerlicher Abgeordneter und des bayerischen Königs wie des Reichskanzlers werden als Umwälzung der deutschen Regierungspolitik, sein frisiert, vorgeführt, als „Annektionsspolitik“ ohne ernste sachliche Kritik gebrandmarkt, um dann mit der Forderung zu schließen, die Politik des 4. August 1914 aufzugeben, weitere Kredite zu verweigern, die nationale Einheit gegen die Feinde Deutschlands zu sprengen.

So klar wie die Absicht dieser Maulwurfsarbeit, so klar ist es, ihre sachliche Unrichtigkeit und demagogische Verdröhung mit zwei Worten aufzuzeigen. Wer die deutsche Produktionsfähigkeit, die deutsche Arbeit erhalten will, kann sie nicht dem englischen Vernichtungsplan opfern, nicht vom zarischen Absolutismus unterjochen lassen wollen. Wer Land und Menschen wenigstens im Innern Deutschlands vor den Schrecknissen des Krieges bewahren will, muß Deutschlands Wehrmacht drauhen jetzt stärken und schützen helfen — Deutschlands Wehrmacht, deren beste Kräfte zudem aus deutschen Proletariern bestehen. Wer jetzt die Kredite ablehnt, wer die nationale Einheit zur Abwehr der äußeren Feinde vernichten will, tut in jedem und allem das Gegenteil. Und die „Annektionsspolitik“, Gewiß, die zitierten Reden sind nicht die Meinung der Sozialdemokratie, aber sind sie darum die der Regierung? Nein verständiger und wahrhaftiger Mensch wird das behaupten. Der Begriff der Annektionsspolitik ist überdies weder geklärt noch ein fester Programmpunkt aller andern Parteien. Die Sozialdemokratie ist darin gefühlvoller Meinung, daß keine fremde Nation und Masse mit Gewalt unterjocht werden soll, aber ist sie deswegen dafür, daß alles beim alten bleiben muß? Dieser Unsinn ist hier schon oft abgetan worden. Wer sich dogmatisch und ohne Wirklichkeitsinn auf dem Standpunkt stellt, nach diesem revolutionärsten aller Kriege müße alles, aber auch alles, genau so wieder hingestellt werden, wie es vor Kriegsausbruch war, der fordert — groß ausgedrückt — nicht mehr und nicht weniger als die Wiederholung des Krieges! Soll der Sieger sich nicht sichern dürfen vor gleichen Gefahren, nicht Schutz nehmen, den ihm seine Kraft geschaffen hat? Sollen unsere Brüder, Söhne und Mütter ihr Blut gelassen haben, um nach wenigen Jahren ihre Kinder in dasselbe Kriegselend getrieben zu sehen? Nein Verständiger wird das verlangen.

Man mag sich streiten über das „Wie“ des Schutzes und der Friedensbedingungen; man soll das aber tun ohne die Organisation zu zerstören, ohne Zwist und Wirrwarr in unsere Reihen zu tragen. Und je höher einer in Amt und Würden bei uns steht, desto mehr hat er über alles die Pflicht, die Einheit der Partei zu stärken und zu erhalten. Das ist die Treue zur Partei, die sie von jedem verlangt. Was für ein abstoßendes Bild ist es, den Vorsitzenden der Partei „Kam in Kam mit der — „Berliner Tagwacht“ und ihren dunklen Hintermännern gegen seine eigenen Kollegen im Vorstand und in der Fraktion aufzumischen zu sehen! Was muß das für ein Zusammenarbeiten in Parteivorstand und in der Fraktion sein! Und noch dazu in der kritischsten Zeit, die die moderne Welt und in ihre unsere Partei je erlebt haben.

Daß dies alles nicht so weitergehen kann, ist klar; wir reiben uns auf und machen uns selbst so schwach, daß, wenn es den Kampf gegen die politischen Gegner wieder gilt, dieser wird hoffentlich über uns und unsere Forderungen hinweggehen können.

In allem gibt es eine Grenze, über die rückwärts und vorwärts nicht ohne Schaden für das Ganze gegangen werden kann. Wir glauben, daß diese Grenze jetzt erreicht ist!

Das ist ebenso deutlich als wahr. Mit Recht weist das „Gamburger Echo“ darauf hin, daß die Behauptung, der Verteidigungskrieg beginne ein Eroberungskrieg zu werden, nur als Parole diene. In Wirklichkeit verfolgen die Leute, die diese Parole ausgeben, ganz andere Zwecke, nämlich die Partei auf das alte Gleis der prinzipiellen Negation zu schieben. Mit keiner Silbe äußern sich die Opponenten gegen die Politik der Reichstagsfraktion dazu, was ihnen als positives Ziel vordrängt. Das „Gamburger Echo“ trifft den Nagel auf den Kopf, wenn es schreibt:

„Es ist so bequem und doktrinär, einfach Frieden zu verlangen, Frieden, den alle ersehnen, der aber leider durch Deklamationen nicht zu erzwingen ist.“

Sagen wir es einmal offen: Ein erheblicher Teil der Leiter der Parteioption — von den Nachläufern wollen wir nicht sprechen — war durch die Katastrophe des Weltkrieges so „verblüht“ (man gestatte diesen trivialen Ausdruck), daß er zunächst keine Stellung fand. Die gewaltigen Ereignisse waren nicht voraussehen gewesen, hatten noch nicht in theoretische Rubriken geordnet werden können, und so suchte man sie zunächst zu ignorieren. Auf die Dauer ging das aber nicht, und so kam ein Hin und Her, ein Vorwärts, Rückwärts und Seitwärts. Der Schluss ist jetzt da: Man macht den Weltkrieg zu einer inneren Parteifrage, und ist wieder auf dem alten, liebgewordenen Gebiet, auf dem man sich zu bewegen gelernt hat.

Was sollen unsere Genossen in Flandern, in Nordfrankreich, in Galizien, in den Karpathen, in Anland, an den Dardanellen, auf der See von uns zu Hause Gebildeten denken? Demweil sie kämpfen und bluten und sterben, bereiten die zu Hause einen Parteistandal vor, damit ja die größte Organisation des deutschen Volkes ausgeschaltet sei, durch eigenen Willen ausgeschaltet, wenn die Ausgestaltung des Reichs sich vorsieht.

Und warum das alles? Damit die fest gefahrenen Rechte behalten und sich die Hände reiben können! Damit der Arbeiterklasse bewiesen werden könne, sie sei einflusslos! Damit ganz genau in Rede und Schrift wiederholt werden könne, was seit Jahrzehnten gesprochen und geschrieben wurde! Damit man sich kein neues Konzept zu machen brauche!

Nun ist es wirklich die höchste Zeit, daß die Masse der Parteigenossen ihren Willen kundgibt. Es geht um die Einheit und Einigkeit der Partei!

Wir sind überzeugt, daß die ungeheure Mehrheit unserer Anhänger, vor allem die draußen im Felde stehen, die Politik der Opposition nicht mitmachen wird. Wenn die Einheit der Partei keine bloß formelle sein soll, dann bleibt schließlich nichts anderes übrig, als eine wirkliche Einheit und Einigkeit herzustellen. So bedauerlich es ist, daß die Dinge sich so zugespitzt haben, jetzt heißt es auch hier mit den Tatsachen zu rechnen und dementsprechend zu handeln.

Die Stimmung in Frankreich

Seit merklich umgeschlagen zu haben. Unter der Überschrift: „Schwierige Stunden“ schreibt Harde in seiner „Guerre Sociale“, daß sich das französische Volk eine bittere Enttäuschung bemächtigt hat, weil die Illusionen, die man ihm beigebracht hatte, vor der Wirklichkeit verfliegen. Er erwähnt als solche Enttäuschungen die Niederlagen der Russen, den Munitionsmangel der Engländer, das langsame Vordrängen der französischen Offensive und fährt dann fort: „Was einen Teil unserer öffentlichen Meinung aber am bittersten enttäuscht hat, ist die Enthüllung der Tatsache, daß Deutschland keineswegs der Hungersnot und dem Mangel an Kriegsmaterial ausgeheilt ist. Man hört heute, daß Deutschland zum Verbrauch des Weißbrotes zurückkehrt und daß es seine Zulieferer einheimen kann; und die Hoffnung, es auszubungern, schwindet aus den Herzen der größten Optimisten.“

Herbe richtet auch wieder seinen beliebtesten Ausruf an die Verbündeten und Neutralen und führt ihnen zu Gemüte, wie sehnlich Frankreich wünsche, daß der deutsche Militarismus zerschmettert werde, ohne daß ein neuer Winterfeldzug nötig werde.

Der militärische Mitarbeiter des „Radical“ erklärt offen, daß die offiziellen Kriegsberichte den unruhigend wirken, insbesondere die Versicherung der letzten Tage, daß den Berichten vom Vorabend nichts Neues hinzuzufügen sei. Er bemerkt, daß die Stunde ernst ist, und bedauert, daß die Zensur es ihm verbiete, das Publikum über seine Hoffnungen und Wünsche aufzuklären. — Auch der „Petit Parisien“ führte gestern Klage über die Strenge der Zensur. Er warnte dabei die Regierung vor den Folgen dieser Strenge: „Die öffentliche Meinung gleicht“, so sagt er, „einem Gase, das sich in offenem Raum ohne schlimme Folgen verflüchtigt, das aber unter dem Druck einer einschließenden Straftat zu einer plötzlichen Explosion führen kann.“

Zur preussischen Wahlrechtsfrage

nimmt Richard Calmer in einem Artikel im „Tag“ das Wort. Calmer weist auf die Berechtigung und Notwendigkeit der Wahlrechtsreform in Preußen hin und betont, daß die Regierung nicht mehr auf dem gleichen Standpunkt stehen könne wie vor dem Kriege, nachdem sie in den Zeiten des Krieges den Wert der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit und den Nutzen der Arbeiterorganisationen für den Staat und seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu sehr erkannt und schätzen gelernt:

„Man kann nicht länger mehr die politische Meise der deutschen Arbeiterschaft bezweifeln, nachdem diese den Beweis ihrer Vaterlandsliebe erbrügend erbracht hat. Man kann nicht länger mehr den Wert der Arbeit hinter den des Besitzes zurückstellen wollen, nachdem der Krieg den Wert des Menschen in seiner Eigenschaft als Vaterlandsverteidiger hinlänglich gezeigt hat. Man kann die Opfer nicht übersehen, die gerade auch die Arbeiterschaft in diesem Kriege gebracht hat und noch immer bringt. Alle diese Erfahrungen können an der preussischen Regierung nicht spurlos vorübergehen, und wenn die Staatsleitung will, daß auch nach dem Kriege die innerpolitischen Gegensätze in weniger schroffen Formen ausgetragen werden sollen, wenn sie will, daß die ungeheure Kraft der deutschen Arbeiterschaft für die staatliche Entwicklung Deutschlands nutzbar gemacht werden soll, dann ist es die Aufgabe der preussischen Regierung, aus eigener Initiative die Frage der Wahlrechtsreform so zu lösen, daß die Arbeiter sich als vollberechtigte Glieder des preussischen Staates fühlen und bewegen können.“

Die an die Erfüllung dieser Forderung geknüpften Befürchtungen und Besorgnisse seien in der Hauptsache durch den Krieg hinfällig geworden. Das materielle Übergewicht des Besitzers über die Arbeit sei tatsächlich so groß, daß auch das freieste Wahlrecht diese Überlegenheit nicht zu überwinden vermöge. Aber die politische Vollberechtigung gewähre die Möglichkeit, daß auch für die, als eig-

geln schwachen Existenz die gleichen Voraussetzungen politischer Betätigung geschaffen seien, wie sie für die Besitzer von Grund und Boden sowie von Kapital bestehen. Nur im Anschluß an dieses allmähliche Anwachsen der wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeiterschaft wachse ihre politische Macht und ihr Einfluß auf den Staat. Mit dieser allmählichen Umwandlung aber werde die Arbeiterpartei zu einem positiv arbeitenden und die Staatsnotwendigkeiten berücksichtigenden Faktor, der eine neue Blüte, ein neues Emporstreben Preußen-Deutschlands gewähre. Calwer hält es für wahrscheinlich, daß eine offene und bestimmte Initiative der Regierung auch den parlamentarischen Sieg zur Folge haben würde.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Der französische Bericht.
 Paris, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht vom 22. d. M., 11 Uhr abends: Im Laufe des Vormittags wurden noch etwa 15 Schiffe auf Dünkirchen abgewert. Unsere schweren Batterien nahmen die feindlichen Geschütze, die das Bombardement ausführten, unter Feuer. Im Gebiete nördlich von Arras hörten die deutschen Gegenangriffe gegen Morgen auf. Im Laufe des Tages fand nur ein außerordentlich lebhafter Geschützkampf zwischen Souchez und Ecurie statt. In der Champagne brachte der Feind in der Nähe von Vertus einige Minen zum Springen, jedoch ohne Ergebnis. Auf den Maasböden machten die Deutschen auf den Gräben von Calonne am Ende der Nacht einen heftigen Angriff, um die von ihnen verlorenen Stellungen wieder zu nehmen, sie konnten aber nur einen Teil ihrer früheren zweiten Schützengrabenslinien wieder besetzen. Durch einen Gegenangriff von unserer Seite kam diese Linie von neuem fast gänzlich in unsere Hand. Die Gefangenen, die wir in diesem Gebiete seit dem 20. Juni gemacht haben, zählen drei Offiziere, 200 Mann. Im Weste wurde in der Nähe von Marcheville eine halbe Kompanie der Deutschen, die einen verlassenen Schützengraben zwischen den beiderseitigen Stellungen wieder zu besetzen suchten, durch unser Feuer zerstört. In Lothringen wurde ein feindlicher Gegenangriff südlich von Leintrech durch unser Geschützfeuer zum Stehen gebracht. In den Vogesen sind wir zwischen den beiden Armen der Front in Richtung Sondernach weiter vorgerückt.

Wie die Engländer das Völkerrecht verletzen.
 Berlin, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Wie durch eidliche Aussagen von 15 deutschen Soldaten festgestellt ist, haben die Engländer am 18. Mai bei La Bassée in ihren Schützengräben eine Fahne mit den deutschen Farben aufgezogen und in deutschen Uniformen, bekleidet mit deutschen Helmen, Mänteln und Tornistern die deutschen Truppen angegriffen.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Der Einzug in Lemberg.
 Lemberg, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Ueber die Zurückeroberung von Lemberg berichtet ein Korrespondent: Nachdem die Armee Madens den Feind gestern im Norden erneut geschlagen hatte und nachdem heute morgen die Südfront der während der Besetzungzeit neu geschaffenen starken Befestigungen erobert worden waren, haben die Russen in der Mittagsstunde die galizische Hauptstadt geräumt. Mit dem Glockenschlage 12 zogen die Spitzen der verbündeten Armeen in das von zehnmonatlicher Fremdherrschaft befreite Lemberg ein, von der Bevölkerung mit unbesehrlichem Jubel begrüßt, mit Blumen überschüttet, unter endlosen Jubelrufen auf Oesterreich-Ungarn und Deutschland, dem jeder besonders Dank zum Ausdruck bringen möchte. Keuchend hat die Stadt nicht besonders gelitten, nur im Westen wütete ein ungeheurer Brand, da die Russen vor ihrem Abzug den Bahnhof und alle benachbarten Fabriken, Petroleum- und Benzinlager in Brand gesetzt hatten. Während der letzten drei Tage hatte die Bevölkerung besonders schwer gelitten. Alle Männer von 18-50 Jahren wurden festgenommen. Wer sich nicht rechtzeitig verstecken konnte, wurde von den Russen mitgeschleppt.

Generalfeldmarschall v. Madensen.
 Berlin, 23. Juni. Wie die „Danziger Zeitung“ zuverlässig erfährt, ist Generaloberst von Madensen anlässlich der Siege in Galizien zum General-Feldmarschall ernannt worden.

Japan soll jetzt helfen!
 Berlin, 23. Juni. Aus Paris erfährt das „Berliner Blatt“: Herdó verlangt angesichts der Panik des Publikums, daß ein sehr ernster Druck auf England ausgeübt wird, damit es die Bundesklausel mit Japan zur Anwendung bringe. Die Hilfe Japans sei die einzige Rettung. Wenn England seit Oktober Deutsche im Lande hätte, wie Frankreich, so wären die Japaner bereits in Flandern und in Polen.

Beruhigungsversuche des russischen Generalstabes.
 London, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Petersburg sind auf öffentlichen Plätzen Petersburgs Plakate des Generalstabes angeschlagen, in denen die Nation aufgefordert wird, sich völlig ruhig zu verhalten. In den Plakaten wird erklärt, daß nur die offiziellen Berichte ein wahres Bild der Lage geben (!), und daß die umlaufenden Gerüchte über eine Katastrophe nur von ängstlichen und übelwollenden Personen in Umlauf gesetzt worden seien. Der Generalstab behauptet, daß sich die Lage in Bezug auf die Versorgung mit Munition von Tag zu Tag verbessere, sowie daß Rußland enorme Reserven von junger Mannschaft zur Verfügung habe. Der Generalstab macht darauf aufmerksam, daß einige Zeit vergehen werde, ehe Rußland imstande sei, eine kräftige Offensive einzuleiten. Gewiß sei, daß Rußland in den ersten Monaten des Krieges von den Alliierten die größten Verluste erlitten habe und überhaupt am meisten litte.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Von den Kämpfen um die Dardanellen.
 London, 23. Juni. Das Hauptquartier an den Dardanellen meldet: Am 19. Juni abends feuerten die

Türken 450 Explosivgranaten auf unser linkes Zentrum und sammelten sich dann zum Angriff, der aber nicht ausgeführt wurde. Bei einem folgenden Angriff glückte es ihnen, in unserer vordersten Stellung Fuß zu fassen. Sie wurden hier aber schließlich vertrieben. Die Zahl der Toten auf türkischer Seite wird auf beinahe tausend geschätzt.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

Das große Hauptquartier, 23. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Gestern nahmen wir die Festung Dünkirchen, sowie feindliche Truppenansammlungen bei den Ortschaften Vergues, Hondshoote, Furnes und Cassel unter Feuer.

Bei Sivench, dicht nördlich des Kanals von La Bassée und bei Neuville wurden Angriffe durch unser Artilleriefeuer im Keime erstickt. Südlich von Souchez machten wir im Grabenkampf gute Fortschritte.

Auf den Maasböden setzten die Franzosen ihre Durchbruchversuche ohne den geringsten Erfolg fort; sämtliche Angriffe wurden unter erheblichen Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Bisher machten wir 280 unverwundete Franzosen, darunter drei Offiziere, zu Gefangenen und erbeuteten sieben Maschinengewehre, sowie 20 Minenwerfer.

Die Vorpustengefächte östlich von Luneville dauern noch an. In den Vogesen stürmten wir die seit Monaten heftig umstrittene, die Umgebung beherrschende Höhe 631 bei Van de Sapt. 193 Gefangene, drei Maschinengewehre, ein Minenwerfer und anderes Material waren unsere Beute. Feindliche Wiedereroberungsversuche blieben erfolglos.

Südlich von Neuville brachte eines unserer Kampflflugzeuge einen feindlichen Flieger zum Absturz.

Die amtliche französische Meldung, daß sich belgische Truppen im Südwesten von St. Georges eines deutschen Schützengrabens bemächtigt hätten, ist glatt erfunnen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Nichts Neues.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Lemberg wurde gestern nachmittag durch österreichische Truppen im Sturm genommen, daran anschließend nachts die Szczerek-Stellung zwischen dem Dnjepr bei Mikolajow und Lemberg. Weiter nördlich ist in der Befolgung die Linie östlich von Lemberg Joliance-Lurynka (nordöstlich von Bolkiew) erreicht. Bei Rawarusta südwestlich davon ist die Lage unverändert. — Im San-Weichselwinkel und links der oberen Weichsel beginnen die Russen zu weichen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht. Der siegreiche Sturm auf Lemberg.

Allgemeiner Rückzug der Russen zwischen San und Weichsel, sowie im Bergland von Kielec.

Wien, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart, 23. Juni:

Russischer Kriegsschauplatz.
 Die Nordwest- und die Westfront des Gürtels von Lemberg waren im Zuge der russischen Verteidigungsstellung Bolkiew-Mikolajow von starken russischen Kräften besetzt. Um 5 Uhr vormittags des 22. Juni erstickte Wiener Landwehr das Werk Reznat an der Straße Jelow-Lemberg, von Nordosten drangen zu dieser Zeit unsere Truppen über die Höhen östlich des Mlynowka-Baches vor u. erstickten einige Schanzen, vorher Lysa Gora. Im Laufe des Vormittags wurden im weiteren Vordringen gegen die Stadt die übrigen Werke und Verteidigungsanlagen der Nordwest- und Westfront in blutigem Kampfe genommen.

Hierdurch war die russische Front neuerdings durchbrochen, der Feind, der abermals schwere Verluste erlitt, zum Rückzug gezwungen. Unsere Truppen drangen in der Verfolgung bis über die Höhen östlich und nordöstlich der Stadt und überschritten südlich Lemberg die Straße, die nach Mikolajow führt. Unter dem Jubel der Bevölkerung zog der General der Kavallerie Böhm-Ermolli um 4 Uhr nachmittags mit Truppen der 2. Armee in Lemberg ein.

Auch bei Bolkiew und östlich Rawarusta sind die Russen im Rückzuge. Vereinzelt Vorstöße des Gegners am Taneu wurden abgewiesen.

Gestern nacht trat der Feind zwischen San und Weichsel sowie im Bergland von Kielec den weiteren Rückzug an, überall verfolgt von den verbündeten Truppen.

Am Dnjepr ist die allgemeine Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Kämpfe in den Kolonien.

Von den Kämpfen in Südwestafrika.
 Pretoria, 22. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich wird gemeldet: Die Gesamtverluste der Unionstruppen betragen bis zum 14. Juni bei den Operationen gegen die Aufständischen 414, gegen Deutsch-Südwestafrika 1045 Mann. Ferner starben 153 Mann an Krankheiten und Unfällen. Die Aufständischen verloren vermutlich 190 Tote und 300 bis 350 Verwundete. Die in der Union internierten Deutschen begünstigen sich auf 39 Offiziere und 859 Mann.

General Borja hat Omaruru an der Eisenbahnlinie von Swakopmund nach Grootfontein besetzt, er machte mehrere Deutsche zu Gefangenen.

Der Krieg mit Italien.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

In dem nun abgelaufenen ersten Kriegsmontat haben die Italiener keine Erfolge erzielt. Unsere Truppen im Südwesten behaupten, wie zu Beginn des Krieges, ihre Stellungen an oder nahe an der Grenze. An der Fionzo-Front, am besetzten Grenzraume Fliß-Malborgeth, am karnischen Kamme und allen anderen Fronten von Triol brachen sämtliche Versuche feindlichen Vordringens unter schweren Verlusten zusammen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Noch ein „Feind“.

Rom, 23. Juni. (Nicht amtlich.) „Corriere d'Italia“ veröffentlicht eine Kundgebung der Regierung der Republik San Marino, die besagt, daß die Republik sich mit allen Kräften in den Dienst der heiligen Sache Italiens stellt. „La Sera“ meldet: 200 junge Leute aus der Republik San Marino sind als Freiwillige in die italienische Armee eingetreten.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Keine französischen Verlustlisten.

Der französische Kriegsminister Millerand hat der Liga für Menschenrechte auf deren Ansuchen, das französische Kriegsministerium möchte die genaue Zahl der Gefangenen und Toten angeben, geantwortet, daß eine derartige Veröffentlichung im jetzigen Augenblick nicht notwendig erscheine. Die öffentliche Meinung in Frankreich zeige durchaus keine Ungebuld. Ein vorzeitiges Vorgehen könnte im gegenwärtigen Augenblick den Vorwand zu unliebsamen Erörterungen geben.

Eine Vergeltungsmaßregel.

Als Vergeltungsmaßregel gegen die Behandlung gefangener Deutscher in Frankreich ist angeordnet worden, daß die französische Wochenschrift des Gefangenenlagers Ohrdruf „Le Journal du Camp d'Ohrdruf“ ihr Erscheinen einzustellen hat.

Englische Verluste.

London, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Die letzte Verlustliste weist 55 Offiziere und 3456 Mann auf.

Bryan für den Frieden und gegen die Ausfuhr von Waffen und Munition.

London, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Die „Morning Post“ meldet aus Washington, Bryan werde am 25. Juni in New York sprechen, gegen die Versuche, Amerika in den Krieg zu ziehen, protestieren, und ein Verbot der Ausfuhr von Waffen und Munition verlangen. Außer ihm würden Deutsch-Amerikaner und Iren sprechen.

Die neue englische Anleihe.

Amsterdam, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Die hier eingegangene „Times“ vom 21. Juni enthält eine offiziöse Mitteilung über die Kriegsanleihe. Danach wird die Regierung zufrieden sein, wenn sie 600 Millionen Pfund neue Gelder bekommt. Jedenfalls will sie soviel als möglich haben. Nach amtlicher Schätzung erwarte man, daß 250 Millionen Consoles und 200 Millionen alter Kriegsanleihe konvertiert werden. Die Consoles würden im Oktober vermutlich auf 58 oder 57 fallen. Der Gewinn des Staates aus der Konversion werde gewaltig sein. Ein Drittel der Staatsschuld werde verschwinden. Dreihundert Millionen Consoles werden durch 200 Millionen neuer Kriegsanleihe ersetzt sein. Die Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen, die von dem Schabam gefragt worden seien, hätten sich sehr begeistert geäußert.

Die Lage in Griechenland.

Petersburg, 23. Juni. (Nicht amtlich.) Der „Kietich“ bringt einen pessimistischen Artikel über die Lage Griechenlands: Trotz der Mehrheit Venizelos' sei nicht zu erwarten, daß sich die frühere Kombination wiederhole. Durch das Eingreifen Italiens sei die Lage für Griechenland völlig verändert.

Ausland.

Frankreich.
 Das deutsche Bier in Frankreich. Einer der größten Bierbrauer Frankreichs, der Dürgermeister eines Pariser Arrondissements, hat seinen Kollegen in Brauereien einen schlechten Dienst erwiesen. Einem Mitarbeiter des „Temps“ verbot er nachzuweisen, daß gar keine Befürchtungen wegen Biermanngels vorhanden seien. Im letzten Jahre seien nur 105 000 Hektoliter oder 0,6 Prozent des Gesamtverbrauches, aus dem Ausland gekommen. Da aber der größte Teil des besonders in den großen Städten konsumierten Bieres als Original-Münchener, Pilsener usw. zu sehr hohen Preisen verkauft wurde, fragte sich das Publikum erkant, wie Brauer und Birte so lang- ungestraft den argsten Betrug ausüben konnten.

Die sozialistische Kammerfraktion für die Kriegskredite. Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 11. Juni mit der neuen Vorlage der Regierung betreffend die provisorischen Kredite. Wie die „Humanité“ mitteilt, nahmen zahlreiche Genossen an der Diskussion teil; alle sprachen sich für die Zustimmung zu den Krediten aus.

England.
 „Der niederträchtigste Feind.“ Der militärische Mitarbeiter der „Times“ bespricht am 18. Juni die strategische Lage des Biververbandes und macht den Versuch, die Russen und die Franzosen zu ermutigen. Er prophezeit ihnen selbstverständlich den Sieg, wenn sie nur weiter kämpfen. „Die Rückzüge der Russen oder die Mißerfolge, die feindliche Front zu durchbrechen, sollen auf uns keinen Eindruck machen. Unser Zweck ist, die Deutschen zu töten, und so lange wir den Deutschen täglich Verluste von 10 000 Mann beibringen, erfüllen wir unsere Aufgabe und bereiten unseren endgültigen Sieg vor. Wir müssen Abenteuer vermeiden, um den Deutschen keine Gelegenheit zu

Eisenbahn-... er machte

Monat haben... Truppen

Corriere... Regierung

eralstabs...

Corriere... Regierung

en.

hat der... das fran-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

Die hier... eine offi-

geben, große strategische Erfolge zu erringen. Wir sollen weder optimistisch noch pessimistisch sein, sondern beständig unsere Bahn verfolgen, die zur Vernichtung des niederträchtigsten Feindes führt, gegen den wir je gekämpft haben."

Süd-Afrika.

Das Urteil im Prozeß Dewet. Dewet ist zu sechs Jahren Gefängnis und 200 Pfund Sterling Geldstrafe verurteilt worden.

Deutsche Politik.

Die Kartoffel-Tragikomödie.

Ein Kartoffel-Agent in Elberfeld versendet an seine privaten Abnehmer eine Offerte, die wie ein Silfschrei klingt. Es heißt darin u. a.:

"Ich habe von verschiedenen Städten größere Posten Kartoffeln gekauft, die ich nachstehend offeriere, solange der Vorrat reicht. Es handelt sich ausschließlich um Ware, welche in den Monaten März bis Mai bezogen worden ist und erst von Ende Mai ab, von welchem Zeitpunkt ab die Kartoffeln bekanntlich knapp werden sollen, an die Bevölkerung abgegeben werden sollte."

Es folgt nun das Preisangebot, das sich für die besten Sorten, die nicht mehr als 2 Prozent nachsaule Knollen aufweisen und wenig gekieimt sind, auf 2,70 Mark beziffert. Der Preis geht für andere Sorten herunter bis zu einer Mark für den Zentner.

Noch vier Wochen, und die Reste der vorigen Kartoffelernte werden dem, der sie selbst abholt, gratis gegeben — um die Transportkosten zu sparen. Es geht nichts über eine gute staatliche Organisation.

Das Verbot der „Deutschen Tageszeitung“

wird in der „Nordd. Allgem. Btg.“ offiziös damit begründet, daß der Marinemitarbeiter dieses Blattes, Graf E. Reventlow in verletzender Form die Haltung des Reichskanzlers in der Frage der Führung des U-Bootkrieges angegriffen habe.

Die Meinung Reventlows ist in vielen Punkten nicht die unsere; das hindert uns aber nicht, anzuerkennen, daß er ein sehr kenntnisreicher Schriftsteller ist, der mit großer Energie seine Ansichten vertritt. Man kann eine Meinung nicht dadurch widerlegen, daß man sie unterdrückt. Wir sind für Meinungsfreiheit — sowohl für den Grafen Reventlow wie für uns.

Reventlow hatte nachdrücklich gefordert, daß in dem U-Bootkrieg auch gegenüber dem amerikanischen Eingreifen in keiner Weise nachgelassen werde. Im „Berliner Sozialanzeiger“ war lebhafte der entgegengesetzte Standpunkt eingenommen worden; dort war z. B. dafür eingetreten, den Forderungen der „Lusitania“-Note entgegenzukommen. Auch gegen diese Stellungnahme war eine scharfe Verwarnung erfolgt. Beide Maßnahmen stehen offenbar im Zusammenhang miteinander; sie zeigen, daß die Reichsleitung sich freie Hand wahren und nicht irgendwie beeinflusst werden will. Allerdings meinen wir, daß Herr v. Bethmann Hollwegs Position nur noch stärker werden würde, wenn der Diskussion möglichst Raum gegeben würde — besonders auch der Erörterung im Reichstage.

Badische Politik.

Einberufung des landständischen Ausschusses.

Der Großherzog ladet gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Dezember 1881 über die Verfassung und Verwaltung der Amortisationskasse und Artikel 5 des Gesetzes vom 10. September 1842 über die Errichtung der Eisenbahnschuldentilgungskasse den landständischen Ausschuss ein, am 30. Juni 1915, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaale des Finanzministeriums zusammenzutreten und die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung der Rechnungen der Amortisationskasse und der Eisenbahnschuldentilgungskasse für das Jahr 1914 vorzunehmen.

In den landständischen Ausschuss wurden bei Schluß der Landtagssitzung 1913/14 gewählt: von der Ersten Kammer die Mitglieder Dr. Frhr. v. Ia Roche, Geh. Kommerzienrat Koelle und Geh. Kommerzienrat Engelhard, von der Zweiten Kammer: die Abgeordneten Kopf, Neuhäus und Dr. Lehner vom Zentrum, Rebmann und Rohrborn von der National-liberalen Partei und Kolb von der Sozialdemokratie; Prinz Max von Baden ist Vorsitzender des landständischen Ausschusses. Auf der Kriegstagung des badischen Landtages am 4. Februar wurden die obengenannten Kammermitglieder durch Zuzug einstimmig wiedergewählt.

Aus der Partei.

10. badischer Reichstagswahlkreis (Karlsruhe-Bruchsal).

In unsere Mitgliedschaften ergeht hiermit die dringende Aufforderung, uns umgehend mitteilen zu wollen, ob im Laufe der letzten drei Monate Änderungen in den Personen der örtlichen Verwaltungen getroffen werden mußten. Wo dies geschehen, wolle man uns die Adressen der neugetählten Vertrauensmänner und Kassierer sofort mitteilen.

Gleichzeitig ergeht an die Mitgliedschaften die Anfrage, ob es gegenwärtig möglich und angebracht erscheint, in den einzelnen Orten Versammlungen abzuhalten, wozu der Kreisvorstand bereit wäre, die Referenten zu bestellen, sodas den Orten keinerlei Kosten entstehen würden. Ferner sei den Ortskassierern mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen die Abrechnungsformulare zum Versand kommen und ist die Abrechnung spätestens bis 15. Juli an dem Kreisassessor G. Schwardt, Wilhelmstraße 76 in Karlsruhe, einzufenden. An die Parteigenossen ergeht die dringende Bitte, vor Quartalschluß ihre Parteibeiträge zu entrichten. Arbeitslose und franks Genossen sind von der Beitragsleistung entbunden, während die in Arbeit stehenden auch während der Kriegszeit beitragspflichtig sind. Diejenigen Genossen, die sich während der Kriegszeit weigern, Beiträge zu zahlen, sind am Quartalschluß aus der Mitgliedschaft zu streichen.

Mit Parteigruß
Der Kreisvorstand,
A. A.: Friedr. Sigmund, Sebelstraße 11,
Telephon Nr. 2707.

Erklärung.

Der Erklärung der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion seien den von den Genossen Wertheim, Haase und

Kautsky in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni veröffentlichten Aufsatz: „Das Gebot der Stunde“ schließe ich mich an. Berlin, den 22. Juni 1915.

Zur Klarstellung.

Unter dieser Überschrift erlassen Mitglieder des Vorstandes der Partei und der Reichstagsfraktion eine Erklärung gegen mich, weil ich mich unterjungen habe, mit den Genossen Eduard Bernheim und Karl Kautsky in einer Parteizeitung einen Artikel: „Das Gebot der Stunde“ zu veröffentlichen. Ein eigenartiges Verfahren und eine in jeder Beziehung neue Erscheinung des Parteilebens!

Wir wird vorgeworfen, daß ich in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne meines Auftrages gestellt oder irgend eine Mitteilung von der Absicht meines Vorgehens gemacht habe.

Nun ist allgemein bekannt, daß ich im Sinne meines Artikels seit Kriegsbeginn unaufhörlich im Vorstande der Partei und der Fraktion tätig gewesen bin.

Der erste Vorwurf geht also fehl; und der zweite mutet recht sonderbar an. Er erinnert sehr stark an die Großen, die sich über Aufrührer beklagen. Seit Monaten haben einige Mitglieder des Vorstandes, welche jetzt Stellung gegen mich nehmen zu müssen glauben, Artikel und offene Briefe in die Welt gesetzt, ohne dem Vorstand der Partei oder der Fraktion vorher Mitteilung davon zu machen; sie haben sich bemüht, die Partei für gewisse Parolen, so die Parole des Durchhaltens, zu gewinnen, ohne daß der Vorstand vorher davon in Kenntnis gesetzt worden war. Seine öffentliche Zensur ist ihnen deswegen von irgend einem Vorstandsmitgliede erteilt worden. Danach scheint mehr der Inhalt des Artikels, als die Tatsache der Veröffentlichung vor der Mitteilung an den Vorstand für die neue Methode maßgebend zu sein.

Die Mitglieder des Partei- und Fraktionsvorstandes, welche bisher geschrieben, was sie im Interesse der Partei zu schreiben für nötig oder nützlich hielten, übten damit ihr gutes Recht aus, das ich ihnen nie bestritten habe, wenn ich auch an ihren Ausführungen Kritik übte, soweit ich sie für falsch hielt. Das, was den anderen recht war, muß mir billig sein, und ich lehne es jedenfalls ab, mir das Recht der freien Meinungsäußerung beschränken zu lassen.

Die Einmütigkeit der Partei wird durch Entrüstungspolitik nicht gefördert; wohl aber wirkt im Interesse des Zusammenhanges der Partei, vor Meinungsverschiedenheiten sachlich erörtert und daß der Artikel: „Das Gebot der Stunde“ streng sachlich gehalten ist, hat mir noch jeder zugegeben, der mit mir darüber gesprochen hat.

Berlin, den 22. Juni 1915.

Hugo Haase.

Genosse Haase versucht mit abduktorißer Geschicklichkeit das, um was es sich bei dem gegen sein Verhalten eingeleiteten Protest handelt, zu verschleiern. Die Meinungs-freiheit, hinter welche er sich verjüngt, in allen Ehren, aber die steht hier nicht in Frage, sondern die Tatsache, daß der Vorsitzende der Gesamtpartei und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion in einer im höchsten Grade bedauerlichen Weise die Politik der Körperschaft zu durchkreuzen versucht, deren Vorsitzender er ist. Daß ein solcher Zustand unhaltbar ist und geändert werden muß, leuchtet doch ohne weiteres ein. Wenn Genosse Haase nicht die Konsequenzen seiner Handlungsweise zieht, dann muß sie eben die Fraktion und die Partei ziehen.

Aus dem Lande.

Durlach.

Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdem. Vereins findet am nächsten Samstag, den 26. Juni, statt. Da unser Lokal im „Schwanen“ gegenwärtig mit Militär belegt ist, findet die Versammlung bei Genosse Bergensen am „Lindenbrunn“ (Hauptstraße) statt. Rechts-anwalt Gen. Dr. Kullmann (Karlsruhe) wird in derselben einen Vortrag halten. An die Genossinnen und Genossen ergeht das Ersuchen, vollständig zu erscheinen.

Ettingen.

Sozialdem. Verein. Am Samstag, 26. d. M., findet bei Traut eine Versammlung statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich 8 1/2 Uhr erscheinen zu wollen. In nächster Zeit findet in Ettingen eine Bürgermeisterversammlung statt und ist es notwendig, daß wir hierzu Stellung nehmen. Alle noch anstehenden Genossen, Volkshilfsleiter und Gemeindefunktionäre mit inbegriffen, werden dringend aufgefordert, am Samstag abend vollständig zu erscheinen. Es geht nicht an, daß immer nur einzelne die Arbeiten machen sollen und die andern abseits stehen. Es gilt, das Errungene festzuhalten und Neues zu erwerben, damit die Gemeindefreuden alles so vorfinden, wie sie es verlassen haben. Große Aufgaben stehen uns nach Friedensschluß bevor und deshalb ist es die erste und höchste Pflicht der Zurückgebliebenen, die Wege zu ebnen, um allen Aufgaben gerecht zu werden. Vergeht in schwerer Zeit eure Pflicht der Organisation gegenüber nicht!

Offenburg.

Heischabgabe. Die Stadtgemeinde Offenburg gibt an die hiesige Einwohnerchaft morgen Freitag von 8 bis 10 Uhr vormittags im Verkaufslokal des Schlachthofes circa 10 Ztr. Rauschfleisch zum Preise von 1,30—1,50 Mk. das Pfund ab.

Überfall bei Bellingen, 23. Juni. Durch mit Streichhölzern spielende Kinder, die ein Feuer angezündet hatten, geriet das Wohn- und Landwirtschaftsgebäude des Landwirts Bius Fohler in Brand und wurde vollständig zerstört. Der Gesamtschaden wird auf ungefähr 12 000 M. angesetzt.

Bellingen bei Emmendingen, 23. Juni. Der 56jährige Landwirt Karl Saag stürzte bei Arbeiten in seiner Scheuer so unglücklich vom Heuboden, daß er schwere innere Verletzungen erlitt, an denen er starb.

Rippenhäuser, 23. Juni. Der Knedt der Brauerei Hlemmisch in Hemsdorf geriet unter seinen Wagen, wobei ihm beide Hüfte und ein Arm abgedrückt wurde; er wurde ins Neersburger Krankenhaus verbracht.

Fuldenhof, 24. Juni. In Höhenbüch stürzte der Landwirt Simon Berger beim Heubinden infolge Scheuens der Zugtiere vom Wagen und erlitt erhebliche Verletzungen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 24. Juni.

Festsetzung von Milchhöchstpreisen.

Am 22. d. Mts. traten im Rathssaal zu Heidelberg Vertreter der Städte Stuttgart, Heidelberg, Pforzheim, Karlsruhe, Heilbronn, Mannheim, Darmstadt, Frankfurt a. M. und Mainz zusammen, um über die Frage der Milchversorgung der beteiligten Städte zu beraten. Nach einanderer Aussprache wurde, da die von

verschiedenen Seiten versuchte Steigerung der bestehenden Milchpreise als ungerechtigt angesehen werden muß, beschlossen, die vertretenen Stadverwaltungen zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen die Festsetzung von Höchstpreisen von Milch zu beantragen und zwar in der Höhe der zurzeit in den einzelnen Städten tatsächlich bestehenden Preise.

Es wäre zu wünschen, daß dem Ersuchen schnellstmöglich stattgegeben wird, denn wenn nichts geschieht, werden wir in Kürze Milchpreise bekommen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Die Preistreiber sind nämlich im Stillen schon stramm an der Arbeit. 26 Pf. ist ihnen noch nicht genug. Erst vor kurzem schrieb die von agrarischen Interessenten gegründete Milchproduzenten-Genossenschaft Karlsruhe und Umgebung mit Bezug auf die Gründung der städtischen Milchzentrale wörtlich: „Der jetzige Milchpreis von 26 Pf. entspricht den heutigen gesteigerten Produktionskosten noch lange nicht.“ Demgegenüber können die Konsumenten nur mit allem Nachdruck betonen: Uns langt's übrig!

Sozialdemokratischer Verein.

Die gestrige Versammlung im „Auerhahn“ erfreute sich eines guten Besuchs. Zunächst wurden einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. An Stelle des Gen. Krüger, der bisher die Massengeschäfte des Vereins besorgte, wurde Gen. Währlein als Kassier gewählt. Alsdann war ein Vertreter in den Jugendausschuß zu wählen. Die Versammlung überließ es dem Vorstand, aus seiner Mitte eine geeignete Person zu bestimmen. Alsdann hielt Gen. Dr. Kullmann einen Vortrag über „Weltwirtschaft und Kolonialpolitik“. Die sehr interessanten und lehrreichen Ausführungen des Redners sind wert, in kurzen wiedergegeben zu werden. Er führte aus:

Bei den Friedensbedingungen wird zweifellos die Erweiterung unserer Kolonialmacht eine Rolle spielen. Bis jetzt hat sich bekanntlich die Partei dem Kolonialproblem gegenüber ablehnend verhalten. Nach auf dem Parteitag 1907 wurde eine scharfe Resolution gegen die Kolonialpolitik beschlossen, mit der Begründung, daß durch die Reibung der Nationen eine ständige Kriegsgefahr gegeben sei. Aber bei näherer Betrachtung ist auch vom ablehnenden Standpunkt aus die Sache nicht so einfach. Jedenfalls habe man zu unterscheiden zwischen Siedlungs- und Ausbeutungskolonien und selbst Kautsky nimmt gegen eine Siedlungspolitik keinen strikte ablehnenden Standpunkt ein. Allerdings spricht er sich scharf gegen Ausbeutungskolonien aus, da sie dem Kapitalismus die Mittel zur Unterdrückung des Proletariats liefern. Außerdem beansprucht dieselbe ungeheure Mittel für die Militär- und Seemacht. Aber diese Kritik richtet sich nicht gegen die Kolonialpolitik als solche, sondern gegen die Art, wie solche betrieben wird. Beim Marokkopolitik stand seinerzeit auch Bebel auf dem Standpunkt, daß Deutschland in Marokko ein wirtschaftliches Interesse habe und daß auch von unserem Standpunkt aus gegen eine vernünftige Kolonialpolitik nichts einzuwenden sei.

Nun behaupten die Gegner der Kolonialpolitik, nur der Kapitalismus habe ein Interesse an derselben. Demgegenüber darf aber aus der Weltgeschichte darauf hingewiesen werden, daß man schon im Altertum Kolonialpolitik trieb, wo man an einen Kapitalismus noch nicht dachte. Auch die moderne Kolonialpolitik ist nicht ausschließlich vom Kapitalismus ausgegangen. In neuerer Zeit tritt bekanntlich zuerst Spanien als Kolonialmacht auf. Dieses hat mit seiner Kolonialpolitik deshalb Piaso gemacht, weil es in seiner kapitalistischen Entwicklung zurück war. Es trieb eine reine Raubpolitik. Die Spanier wurden dann von den Holländern abgelöst, die schon andere Gesichtspunkte hatten, nämlich den Zwischenhandel zu monopolisieren. Und das hat schon damals den Reich der Engländer erregt. Nach den Holländern traten die Engländer als jüngste Kolonialmacht auf und man muß sagen, daß sie dafür die größte Befähigung zeigten. Sie betrachteten die Kolonien als Siedelungen, in denen sie ihr Volkstum nach Möglichkeit zu verbreiten suchten. So ziehen die Engländer große wirtschaftliche Vorteile, an denen auch die Arbeiterchaft teilnimmt. Die Wrause von der Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hört sich sehr schön an. Aber wenn ein Volk verlangt, daß in sein Selbstbestimmungsrecht nicht eingegriffen wird, so muß es auch die Fähigkeiten zur Kultur haben. Soll man z. B. auch in das Selbstbestimmungsrecht der Fährstimmulaner und Kannibalen nicht eingreifen? Selbst im jogen „sozialdemokratischen Zukunftsstaat“, um sich vulgär auszudrücken, könne man diese Volkstämme nicht sich selbst überlassen. Auch wir haben ein Interesse daran, daß diese Völker erst mal auf eine gewisse Kulturhöhe gebracht werden, damit auch unter ihnen unsere sozialistischen Ideale verwirklicht werden können. Die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker würde direkt unmögliche Forderungen bedingen. Dann müßte man z. B. auch Nordamerika den Indianern zurückgeben.

Redner ging alsdann auf die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien als Rohstoffbezugsquellen ein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeiterchaft am meisten darunter leidet, wenn der Rohstoffbezug erschwert ist. So ist unsere Textilindustrie auf den Baumwollbezug direkt angewiesen. Ist dieser gesperrt, so hat das umfangreiche Arbeitslosigkeit zur Folge. Daß die Unternehmer daraus den größten Vorteil haben, hat damit nichts zu tun, den haben sie auch so. Die Arbeiter müssen eben mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisationen dafür sorgen, daß auch ihnen ein möglichst hoher Gewinnanteil zufließt. Auch die Erweiterung unserer Ausfuhrmöglichkeiten kommt der Arbeiterchaft zugute. Jedenfalls dürfen wir uns bei diesen wichtigen Problemen nicht an alle Schlagwörter klammern und haben allen Anlaß, uns mit diesen Fragen etwas spezifischer zu befassen. Wir müssen es als selbstverständlich betrachten, daß bei den Friedensverhandlungen Deutschland die Garantien verlangt, daß es in seinen wirtschaftlichen Interessen nicht gebindert wird. Vor dem Selbstbestimmungsrecht geht das Selbstbestimmungsrecht. Die Ausbeutung des Volkstums hat für das Mutterland ungeheure Bedeutung. Gerade das wurde den Deutschen im Ausland als Schwäche ausgelegt, weil sie sich darin bis jetzt zurückgehalten haben. Der Vorwurf unserer Feinde, Deutschland hätte imperialistische Ziele im Auge, ist belanglos. In der imperialistischen Weltanschauung ist Deutschland gegenüber unseren Feinden der reine Waisenne. Man darf z. B. nur die russische Expansionspolitik ins Auge fassen, die die Ursache der letzten Kriege war.

Zum Schluß kommend, betont Redner, daß er mit seinen Ausführungen nicht dogmatische Richtlinien geben will, sie sollen lediglich zur Anregung dienen, über diese Probleme nachzudenken. Selbstredend müssen wir nach dem Kriege mit aller Kraft für den Weltfrieden eintreten. Was wir wollen, soll auf friedlichem Wege erreicht werden. Abenteuerliche und kriegerische Kolonialabläufe lehnen wir ab, wollen uns aber der Kolonialpolitik gegenüber nicht wie bisher teilnahmslos verhalten. (Sehr. Beifall.)

In der freien Aussprache ergriff als einziger Redner Gen. Wolf das Wort, der die Ausführungen des Vortragenden an vielen Stellen unterstrich. Die Ausbreitung des Deutschtums sei von ungeheurer Bedeutung für unser Volk. Wir sollten uns eben daran gewöhnen, wie so viele andere Probleme auch dieses nicht von der negativen, sondern von der positiven Seite zu behandeln. So auch wie andere, müssen auch wir Kolonien haben,

daran sind nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter interessiert. Einer reinen Ausbeutungspolitik in den Kolonien werden wir entgegengetreten. Aber auch da zeigt es sich, daß wir uns an der Staatsgewalt beteiligen müssen. Wenn wir auch hier beiseite stehen, machen selbstredend die andern was sie wollen. (Beifall.) Der Vorsitzende Gen. Sigmund wies am Schlusse der Versammlung auf die Notwendigkeit der Agitation für die Parteipresse hin. (Schluß 11 Uhr.)

Siegesglänge. Die Nachricht von dem Falle der ostgalizischen Stadt Lemberg verbreitete sich rasch von Mund zu Mund und wurde zunächst, da man die Bestätigung noch nicht schwarz auf weiß in Händen hatte, mit einiger Skepsis aufgenommen. Bald traf aber die Bestätigung in Form der Extrablätter der Tageszeitungen ein und nun war der Jubel groß. Gestern vormittag trug unsere Stadt einen Fahnen Schmuck, wie er bisher in den Monaten des Krieges noch nicht zu sehen war. Außerdem läuteten gestern vormittag die Glocken aller Kirchen und die Schulen waren infolge der Siegesbotschaft gestern geschlossen.

Vorausichtiges Sinken des Zuckerpriests. In einem halbamtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird nach Lage der heutigen Verhältnisse festgestellt, daß für den Verbraucher nicht der geringste Grund vorliegt, größere Zuckermengen wochenlang zu Hause zu lagern. Gewiß empfiehlt es sich, Karbonat, Obst und andere Früchte so viel als möglich einzumachen, der hierzu benötigte Zucker darf jedoch erst dann gekauft werden, wenn tatsächlich mit dem Einmachen begonnen werden soll. Infolge der von der Regierung getroffenen Maßnahmen wird das Angebot an Zucker in Wäldern größer werden und der Preis des Zuckers voraussichtlich sinken. Die Entziehung einer wirklichen Zuckernot in Deutschland erscheint ausgeschlossen.

Stadtgartenkonzert. Im Stadtgarten konzertierte gestern nachmittag die Kapelle des 3. Landsturm-Bataillons zu Ehren unserer verwundeten Krieger, die sich täglich im Nachmittagsheim aufhalten. Das zahlreich anwesende Zivilpublikum applaudierte kräftig die Darbietungen der Kapelle, deren Leistungen in Anbetracht dessen, daß die Kapelle erst seit einigen Wochen zusammengefaßt ist, als recht gute genannt werden können. Der als Musikmeister fungierende Vizefeldwebel Herr Wolf erwies sich ebenso als tüchtiger Dirigent wie als virtuoser Pflöckbläser.

Werft keine Kirchsperre auf die Straße! Häufig wurde schon über das Wegwerfen von Kirchsperren auf die Straße geschrieben und die Gefahr dieses Vorgehens betont; aber dies hindert nicht, daß man zurecht keine zehn Schritte gehen kann, ohne Kirchsperre zu bemerken. Viel zu leicht wird ein gedankenlos weggeworfener Stein schon eine Gefahr für einen Gefundenen, wie viel mehr noch für einen in der Bewegung gehemmenen, auf Stöße und Kräfte angewiesenen Schwundeten! Erwachsene und Kinder seien deshalb an dieser Stelle an unsere hier wehenden Soldaten erinnert, die wohl diese kleine Rücksichtnahme verdienen.

Letzte Nachrichten. Die Kriegslage in Galizien.

Berlin, 24. Juni. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus dem Kriegspressequartier telegraphiert: Die Kriegslage bietet heute zwei Tatsachen: den russischen Rückzug auf die Linie Kawaarska-Zolkiew-Lemberg und die schnelle Räumung jener Punkte des Weichsel-Sauwinkels, den die Russen selbst nach dem siegreichen Vorstoß der Joseph Ferdinand-Armee besetzt hielten. Die Russen räumen ihre Stellung bei Rielce.

Feindliche Kundgebungen gegen den russischen Generalissimus.

Berlin, 24. Juni. Nach dem „Berliner Tageblatt“ haben die Berichte über Lemberg in Petersburg große Kundgebungen vor dem Palais des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch veranlaßt. Die Einberufung einer außerordentlichen Dumatagung und eines Kronrates stehe bevor. Die Verlegung der Residenz nach der Krim werde erörtert.

Revolutionäre Gärung in Rußland.

Berlin, 24. Juni. Der „Morgenpost“ zufolge mehrten sich die Vorbereitungen einer russischen Revolution. In Moskau seien bereits Offiziere auf der Straße verprügelt worden.

Verbot der „Leipziger Volkszeitung“.

Leipzig, 24. Juni. Wegen der Veröffentlichung des Artikels „Gebot der Stunde“ von Bernstein, Haase und Kautsky und anderer Artikel wurde die „Leipziger Volkszeitung“ vom stellvertretenden Generalkommando vorläufig auf eine Woche verboten.

Die französischen Kriegskosten.

Paris, 24. Juni. Der „Temps“ meldet: Nach dem Bericht des Generalberichterstatters der Budgetkommission betragen die Kriegsausgaben Frankreichs etwa 2 Milliarden monatlich. Von 30 000 Pensionsgesuchen seien 8000 erledigt, aber nur in 900 Fällen sei eine Pension bewilligt worden.

Fiasko der spanischen Anleihe.

Paris, 24. Juni. Der „Temps“ berichtet aus Madrid: Dato erklärte dem König, auf die neue Anleihe von 750 Millionen Pesetas seien nur 80 Millionen gezeichnet worden. Dadurch werde die beabsichtigte militärische Reorganisation unmöglich gemacht und der Nationalkredit beeinträchtigt.

Verbannung sozialistischer Dumamitglieder nach Sibirien.

W. B. Christiana, 23. Juni. (Nicht amtlich.) „Njetsch“ vom 17. Juni berichtet: Fünf zur Verbannung verurteilte sozialistische Reichsduma-Mitglieder sind per Schuß nach Sibirien transportiert worden.

Aus der englischen Arbeiterpartei.

London, 24. Juni. Die Arbeiterpartei beschloß, daß Minister Henderson ihr Vorsitzender bleibt, daß aber die Funktionen des Vorsitzenden zeitweilig von seinem Stellvertreter Hobbes ausgeübt werden.

Ein torpedierter Frachtdampfer.

London, 24. Juni. Das Reutersche Büro meldet aus Norwich die Torpedierung des mit Weizen von Montreal nach Hull bestimmten Londoner Dampfers „Banifania“. Das Schiff wurde auf Strand gesetzt. Die Besatzung von 33 Mann wurde in Lowestoft gelandet.

Der italienische Bericht.

Rom, 23. Juni. (Bericht der obersten Seeresleitung.) An mehreren Stellen längs der ganzen Grenze beschränkte sich die Tätigkeit des Feindes auf Artilleriekämpfe auf große Entfer-

nung. Einem unserer Alpinbataillone geriet gestern im Grenzgebiet mit bedeutenden Abteilungen feindlicher Alpenjäger zusammen, welche anscheinend kürzlich aus Galizien eingetroffen waren. Es griff sie an und warf sie zurück, wobei es dem Feind schwere Verluste beibrachte und Gefangene machte. Die Infanterienachtangriffe gegen unsere Stellungen von P. I. d. A. erneuerten sich. Der Feind verstärkte sein Feuer und warf auch einige Handbomben. Alle diese Angriffe wurden zurückgeworfen. Wir besetzten die von uns am unteren Spongo besetzten Stellungen. Die von dem Feind längs des Ronfalcone-Lanals und im benachbarten Gebiet herbeigerufenen Ueber-schwemmung nimmt zwar merklich ab, aber sie bildet immer noch ein bedeutendes Hindernis. Feindliche Flugzeuge warfen einige Bomben, ohne irgendwelchen Schaden anzurichten.

Französische Völkerrechtsverletzung.

Konstantinopel, 24. Juni. Nach Privatnachrichten hat ein französischer Kreuzer am Montag früh die unter griechischer Okkupation stehende Insel Castelloriza bombardiert. Auf das Kloster wurden etwa 20 Schüsse abgegeben.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 23. Juni, abends 8,30 Uhr. Das Hauptquartier teilt mit: An der Kaukasusfront demüchtigten sich unsere Truppen, die sich in der Richtung Dity befinden, gestern nach erbittertem Kampfe des 2900 Meter hohen Karadagh, der in der Gegend von Kale-Boghazi zwei Stunden von unserer Grenze entfernt liegt. Wir erbeuteten von dem nach Osten flüchtenden Feind mehrere hundert Kisten Munition und eine Menge Material der Pioniere.

An der Dardanellenfront wurde am 22. Juni ein am Meer bei Ar-Burnu vorüberziehendes feindliches Torpedoboot durch zwei von unserer Feldartillerie abgefeuerte Granaten getroffen, worauf es sich entsetzte.

Die Schlacht bei Seddul-Bahr am 21. Juni, die fast 24 Stunden dauerte und mit einer Niederlage des Feindes endete, verlief folgendermaßen: Der Feind bereitete einen wirksamen Angriff vor, indem er besonders während 5 Tagen ohne Unterbrechung mit seiner schweren Artillerie unsere Schützengräben bombardierte, die einen Teil des linken Flügels unserer Gruppe bei Seddul-Bahr bildeten. Am 21. Juni, morgens 5 Uhr hatte der Feind, nachdem er dieses Feuer noch verstärkt hatte, indem er 150 Granaten in der Minute abfeuerte, infolge eines Sturmangriffs und dank beständig bei ihm eingetrossener Verstärkungen einen Teil unserer Schützengräben auf unserem linken Flügel besetzt, die übrigens sehr dicht an ein herangeschoben waren. Diese Schützengräben gingen aus unseren Händen mehreremale in die des Feindes infolge wiederholter Gegenangriffe über. Gegen 7 Uhr abends blieb nur noch ein 100 Meter langes Stück Schützengraben in den Händen des Feindes. In der Nacht vom 21. zum 22. Juni nahmen unsere Truppen, die während des Kampfes am Tage großen Heldentum gezeigt hatten, durch energische Angriffe und nächtliche Ueberrastung dieses Stück Schützengräben dem Feinde wieder ab, der schließlich trotz großer Munitionsverschwendung und unter großen Verlusten für ihn in Unordnung in seine alten Stellungen zurückgeworfen wurde. Gestern versuchte der Feind keine Kampfabendung. Nur am Morgen und am Abend dauerte der Artilleriekampf mit Unterbrechungen auf unserem linken Flügel an. Auf den übrigen Fronten ereignete sich nichts von Bedeutung.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kappel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

24. Juni.
Schusterinsel 2,52 m, gef. 1 cm, Rehl 3,23 m, gef. 4 cm, Maxau 4,87 m, gef. 7 cm, Mannheim 4,18 m, gef. 8 cm.

Pfannkuch & Co.
frisch eingetroffen:
Bodensee-Blaufelchen
Pfd. **1.30**
erhältlich in unseren Filialen 6724
Akademiestr. Kaiser-Allee Karl-Friedrichstr.
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Sehr billig abzugeben: besserer roter Rischdwan, Bettstelle mit Noß 12 M., weißes Leinen-Bademantel 8 M., helles, seid. Prinzesskleid 8 M., weiß, besseres Cheviot-Rostkumrod 4 M., rohsch. Damenmantel, neu, beige, 8 M., Herren-juppe, schwarze neue Füllhose 4 M., echt silb. neue Damenuhr 6 M., gold. Damenuhr, wie neu 14 M. Auch Sonntag anzusehen. **Durlacher Allee 24, 1. Treppen links.** 6728

Sinder-Badewanne und eine **Jacca-Palme** bill. abzugeben. **Waisenstraße 1 a, 3. Stod.**

Bettstelle mit Noß, gut erb., billig zu verkaufen. **Schützenstraße 25, 2. Stod.**

Umzüge m. Möbelwagen und **Rollen** besorgt durch Selbstmithilfe billigst. **5369**
R. Mulsinger Lessingstr. 20
Telefon 1700.

Zum Umzug
Um jedermann von seiner **Leistungsfähigkeit und Reellität** zu überzeugen, offeriere von heute an bis auf weiteres:
MÖBEL
wie
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Salons - Küchen
sowie Einzeilmöbel
zu **Reklame-Preisen.**
J. Ittmann Nachf.
Modernes Etablissement für Wohnungs-Einrichtung und Bekleidung
24 Karl-Friedrichstr. **KARLSRUHE** Karl-Friedrichstr. 24,
Größtes Unternehmen dieser Art in Baden.

Fleisch-Verkauf
findet Samstag, den 26. Juni, statt von mittags 1 Uhr an. Prima Qualität das Pfund **1 Mark.** 6731
Wilhelm Reck,
20 Nuitsstraße 20.

Sie müssen kaufen, wenn Sie mein Lager besichtigen und die enormen Vorteile hören, welche ich Ihnen biete. Trotz billiger Preise bequemste Teilzahlung. Ob arm oder reich, jeder-man erhält **KREDIT** bei strengster **DIS-KRETION**

Fischmarkt.
Am Donnerstag, nachmittags von 3 1/2 bis 7 Uhr und Freitag, vormittags von 8 Uhr ab findet durch den Verkäufer **Ziv** in der **Nädhischen Fischmarkthalle** hinter dem Bierordbad ein Verkauf von frischen **Zersischen, frisch gewässerten Klipp- und Salzischen, sowie Salzheringen** statt. 6726
Karlsruhe, den 28. Juni 1915.
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

2 stadtkundige zuverlässige
Rutscher
zum sofortigen Eintritt gesucht. 6718
Werner & Gärtner
Amtliche Expresskutschkeller
Hauptbahnhof.

Vergebung von Bauarbeiten
für die Haupt- u. Residenzstadt Karlsruhe.
Im Auftrag des Stadtrats der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe haben wir für die Erbauung des **Konzertsaalgebäudes** auf dem alten Festplatz in Karlsruhe nachstehende Arbeiten zu vergeben:
Möbliering verschiedener Räume.
Angebotsformulare und Bedingungen werden von der örtlichen Bauleitung, Baubüro, Festplatz (beim Stadtgarteneingang) im Anmeldezimmer vom Freitag, den 25. Juni 1915 bis zum Samstag, den 3. Juli 1915 einschließlich sonntags vormittags von 9-12 Uhr vormittags abgegeben.
Zeichnungen können ebenfalls in der vorbezeichneten Zeit eingesehen werden; abgegeben werden Zeichnungen nicht. Die Angebote sind bis zum Mittwoch, den 7. Juli 1915 vormittags 11 Uhr pünktlich an die **„Örtliche Bauleitung, Baubüro Festplatz“** abzugeben, dort vorzulesen einzureichen.
Die Eröffnung der Offerte erfolgt im Baubüro um 1/2 12 Uhr. **Karlsruhe, den 24. Juni 1915.**
Carjel & Moser, Architekten.

Korsetten! Korsetten!
in nur gute Qualitäten, hoch u. nieder St. 2 M. u. höher, Frackkorsetten, Reformkorsetten usw., Nieder- u. Gürtelkorsetten Stück 1,20 M. (direkt aus der Fabrik), Mädchenblusen, weiß u. farbig, sehr billig. Auch Sonntag anzusehen. **Durlacher Allee 24, 1. Treppen links.** 6727
Tüchtige Arbeiter 6780
möglichst aus dem Metallfach, für dauernde Arbeit gesucht
Rosenfeld & Co.
R.-Mühlburg, Neureutherstr. 5.